

**16. Landesparteitag der Partei Die Linke. Hessen
am 28. und 29. September 2024 in Baunatal**



Beschlussheft

Inhaltsverzeichnis

Reguläre Anträge

Trotz alledem: Zukunft nur mit links!	3
Mehr linke Politik für unsere hessischen Kommunen: Solidarisch leben in starken Städten und Gemeinden	10
Her mit Ersatzdokumenten für ukrainische Wehrdienstverweigerer!	17
Menschenleben und Menschenrechte schützen: Wir stehen kompromisslos für Frieden, Meinungsfreiheit und gegen Antisemitismus und Rassismus!	18
Kein Gefängnis mehr für Fahren ohne Fahrschein	20
Großflächenplakate und Social-Media (für den ländlichen Raum) Mehr großflächig plakatieren als kleinteilig hängen!	22
Änderung der Wahlordnung der Partei in § 4 Abs. 4	23
Aktivengruppe als Landes- und/oder regionale Gruppe bilden	24
Bezahlkarte in Hessen nicht einführen	25
Mehr Bahn statt Autowahn - Pläne zum 10-spurigen Ausbau der A5 zwischen Frankfurt und Friedberg stoppen!	27
Linke Kommunalpolitik: Wir wollen vor Ort stark sein!	28
Keine „Freifahrt“ für Hochrüstung und Kriegstüchtigkeit	37
Solidarität geht nur international: Entschieden gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus - für Frieden und Meinungsfreiheit!	38
Unterstützung der Petition »Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!	39

Dringlichkeitsanträge

Quotierte Listen als FLINTA*-Listen	40
Solidarität mit den Beschäftigten von VW	41

Satzungsänderungsanträge

Schlichtungsstelle - Einfügung eines neuen § 39 in die Landessatzung	42
Jugendpolitischer Sprecher / Jugendpolitische Sprecherin in §20 der Satzung einfügen	43

Trotz alledem: Zukunft nur mit links!

Weltweit, in weiten Teilen Europas und auch in Deutschland sind die Rechten auf dem Vormarsch. Es gibt aber auch Länder mit einer stärkeren Linken wie in Nordeuropa und Frankreich. Wir leben in einer offenen politischen Situation. Klassenkämpfe brechen an vielen Stellen auf. Hierdurch wird die Polarisierung zwischen rechten und linken Antworten deutlicher. Die letzten Jahre sind gekennzeichnet durch die Überlagerung verschiedener Krisen: Klimakrise, Corona-Krise, die Kriege in der Ukraine und in Nahost und den damit einhergehenden Inflations- und Preisexplosionen insbesondere bei Grundnahrungsmitteln und im Energiebereich. Die Klima- und Umweltkrise wird immer spürbarer und immer mehr zu einem Verteilungskampf. Während die einen in den Schützengräben sterben, fahren die anderen Rekordprofite ein und verteilen Landmassen meistbietend. Wo den einen Extremwetterereignisse das Hab und Gut nehmen, erhöhen Versicherer ihre Prämien und verdienen noch besser. Der Kapitalismus befindet sich in einer globalen Verwertungskrise und im Wandel zu einem neuen Akkumulationsregime: Vom deregulierten neoliberalen zum autoritären, stärker staats- und kriegswirtschaftsorientierten Kapitalismus.

Wir als Die Linke. setzen dem unsere Klassensolidarität entgegen. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit und die Fragen „wem nützt es“, „wem gehört es“ und „wer bestimmt und entscheidet“ sind die Kernfragen von heute und morgen.

Als sozialistische Partei ist es unsere originäre Aufgabe, Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen und uns gegen die Ausbeutung durch das Kapital zu stellen. Für eine echte linke Oppositionspartei reicht es nicht aus, sich mit oberflächlichen Reformen zufriedengeben. Wir stellen die Systemfrage. Wer antikapitalistische Standpunkte nicht vertritt, sondern nur kleine Verbesserungen innerhalb des Systems angehen möchte, erkennt nicht die Ursachen der Zustände, die unsere Gesellschaft immer härter zeichnen. Wer beispielsweise eine Reichensteuer als Neiddebatte verunglimpft, will die Grundlagen der ökonomischen Machtverhältnisse - nämlich den Kapitalismus - nicht angreifen.

Dieser Antrag setzt inhaltliche Schwerpunkte für unsere politische Arbeit der nächsten Jahre.

I. Grundlagen

1. Wir sind die politische Kraft für den Demokratischen Sozialismus: Für eine Gesellschaft, in der alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen überwunden werden. In der sich die wesentlichen Produktionsmittel, die Daseinsvorsorge sowie die Finanzwirtschaft in öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Hand befinden und demokratisch kontrolliert werden.
2. Klar ist damit auch, dass unsere Partei die Interessen der abhängig Beschäftigten, der kleinen Selbstständigen, der Menschen ohne Einkommen und ihrer Familien vertritt; unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Herkunft und Weltanschauungen. Wir bekämpfen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, Sexismus und alle anderen Formen der Unterdrückung, weil sie der Menschenwürde widersprechen, die Klasse spalten und damit unsere Kampfkraft massiv schwächen.

3. Wir verstehen uns als eine antiimperialistische Kraft. Wir setzen auf gleichberechtigte politische und wirtschaftliche Beziehungen. Überall auf der Welt gibt es Menschen, die in ihrem Kampf um Eigenständigkeit und Emanzipation gegen die Kräfte der Repression Unterstützung benötigen, in ihrem Kampf für ein Leben ohne Armut, Hunger und Ausbeutung, in ihrem Engagement für Frieden und Menschenrechte. Wir stehen überall an der Seite der Menschen und nicht von Konfliktparteien. Kein Land und keine militärische Organisation darf einer anderen Bevölkerung oder Gruppe durch direkte und indirekte Gewalt ihren Willen und ihre Interessen aufzwingen. Wir setzen auf zivile Konfliktlösungen und stellen uns weltweit gegen Interessen der militärisch-industriellen Komplexe. Wir stellen uns gegen den Irrglauben, das Modell der durchkapitalisierten Gesellschaften könne Heil und Segen über die gesamte Welt bringen. Echte Friedenspolitik braucht keine bewaffnete Jugend in Schützengräben oder gar atomare Aufrüstung, sondern verhindert gewalttätige Konflikte lange bevor sie ausbrechen. Wir vertreten einen antikolonialen Standpunkt. Internationale Solidarität bleibt das Gebot der Stunde. Nicht Ländergrenzen trennen Menschen, sondern gesellschaftliche Klassen. Die Linke tritt der Behauptung entgegen, es sei in der Vergangenheit zu viel Entspannungspolitik betrieben worden: Das Problem war nicht zu viel, sondern zu wenig Entspannungspolitik.
4. In den vergangenen 50 Jahren hat die menschengemachte Erhitzung des Weltklimas drastisch zugenommen und bedroht immer stärker die Lebensgrundlage aller Menschen auf dem Planeten. Die Auswirkungen der Klimaveränderungen treffen vor allem arme Menschen. sind die einzigen Partei, die den Krieg als Klimakiller benennt und bekämpft. Wir sind die einzige Partei, die den grenzüberschreitenden Kampf für eine selbst bestimmte Gesellschaft gegen die hemmungslose kapitalistische Ausbeutung von Bodenschätzen, Wasser, Ackerland, Luft und den Menschen unterstützt. Wir setzen uns für den Erhalt verwurzelter Lebensweisen, Sprachen und Kulturen ein. Preissteigerungen von Gütern der Lebensgrundlage, Zerstörung von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, Hunger und Hitzetod treiben viele in die Flucht aus ihrer Heimat. Wir suchen nicht die Ursache im vermeintlich individuellen Fehlverhalten des Einzelnen. Der Erhalt einer lebenswerten Umwelt ist möglich mit einer konsequenten Ausrichtung auf Ausrichtung auf Erneuerbare, Energieeffizienz und weniger Energieverbrauch, mit einer Verkehrspolitik, die auf den öffentlichen Verkehr setzt, und mit einer Agrarpolitik, die sich von der Massentierhaltung abwendet und ökologisch ist.
5. Der Kapitalismus dominiert weltweit Produktions- und Wirtschaftskreisläufe und treibt die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich voran. International agierende Großkonzerne, die so finanzstark sind, dass Staaten ihnen gegenüber als Bittsteller auftreten, tragen dazu bei, lokal erkämpfte demokratische Strukturen auszuhöhlen. Sogar der regionalen Rechtsprechung können sich solche Konzerne immer öfter entziehen oder schaffen gar ihre eigenen Rechtsnormen. Kurzum: Die Klassengegensätze werden seit Jahrzehnten größer und sichtbarer. Mit viel Geld wird Hass auf wehrlose Sündenböcke und das Glück in Nation und Rasse propagiert. Als demokratische Sozialist*innen kämpfen wir gegen diese Entwicklungen und setzen ihnen ein grundlegend anderes Sozialstaatsmodell entgegen. Unser Anspruch bleibt: Wir wollen die Macht von Konzernen und Privatbanken zusammen mit unseren weltweiten Schwesterorganisationen auf

Dauer brechen und Reichtum gerecht von Oben nach Unten verteilen. Die Zerschlagung von Großkonzernen, die Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge und Banken in öffentliches, demokratisch kontrolliertes Eigentum, die Förderung von genossenschaftlich organisierten Betrieben, eine gerechte Erbschaftsteuer, Vermögens- und Übergewinnsteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine mindestens zur Lohnsteuer gleichwertige Kapitalertragsteuer, eine Entlastung von mittleren und kleinen Einkommen, ein anderes Wirtschaftsmodell, das in den sozialen und klimagerechten Umbau unserer Gesellschaft investiert und die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung sind unsere Forderungen auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus.

6. Wir streben nicht nur nach Stimmmehrheiten in Parlamenten und Einfluss in Organisationen, sondern danach, dass alle Lebensbereiche demokratisiert werden und alle Menschen zur demokratischen Gestaltung ihrer Lebensbedingungen fähig sind. Dafür arbeiten wir mit sozialen, ökologischen und kulturellen Organisationen zusammen, die gleich oder ähnlich gerichtete Interessen haben. Die Gewerkschaften spielen als Machtorganisationen der abhängig Beschäftigten dabei eine herausgehobene Rolle. Denn wir wissen: Die Gesellschaft zur Gerechtigkeit und zum Guten für die Mehrheit zu verändern, wird nicht allein in und durch die Parlamente gelingen, sondern braucht den Einsatz, die Überzeugungskraft und das Engagement von uns vielen.

II. Politische Konsequenzen

Um unser oben dargestelltes Profil wieder zu schärfen, wollen wir uns für die kommende Amtsperiode auf wenige Themen konzentrieren. Andere Themen wie z.B. die soziale Infrastruktur oder Mobilität behandeln wir natürlich in der politischen Praxis weiterhin. Jedoch wollen wir uns im Rahmen von Kampagnen auf die folgenden Themen fokussieren:

1. Arbeit & Soziales

Wir setzen uns ein für gute Arbeitsbedingungen und eine bessere Entlohnung der Beschäftigten, sowie den sozial-ökologischen Umbau und die Demokratisierung der Arbeitswelt. Wir engagieren uns politisch und unterstützen die Gewerkschaften in ihren Tarifikämpfen. Als Partei stellen wir die Eigentumsfrage und stehen stets parteiisch auf der Seite der Beschäftigten. Dort wo möglich unterstützen wir beratend Menschen ohne Lohnarbeit in Konflikten mit Arbeitsämtern und Jobcentern. Zusammen mit den Gewerkschaften und der Friedensbewegung machen wir uns stark für eine echte Friedenspolitik, die bewaffnete Konflikte verhindert. Wir wollen die Konversion von umweltschädigenden Industrien in nachhaltige Produktion fördern und die Umstellung der Industrie auf die Nutzung nachhaltiger Energieträger schneller voranbringen. Nur so sichern wir einen zukunftsträchtigen Arbeitsmarkt. Ein Gewerkschaftsrat befindet sich in Gründung, die AG BuG im weiteren Aufbau. Eine Unterstützung und Vernetzung von Genoss*innen, die Sozialsprechstunden anbieten, oder anbieten wollen, werden wir weiter

organisieren. Unsere Aktivitäten für eine wohnortnahe, öffentliche und gute Gesundheitsversorgung für alle werden wir gerade in ländlichen Gebieten fortsetzen.

2. Wohnen & Leben

In vielen Städten Hessens finden Menschen keine sozial geförderte oder bezahlbare Wohnung mehr, während in ländlichen Räumen oft Leerstand herrscht. Wir brauchen wirksame rechtliche Maßnahmen wie Mietendeckel und Zweckentfremdungsverbot, aber auch die Begrenzung von Nebenkosten. In den ländlichen Räumen muss die soziale Infrastruktur erhalten und ausgebaut werden. Unser Ziel ist die Vergesellschaftung der privaten Wohnungskonzerne. Kommunen müssen in die Lage versetzt werden kommunale Wohnungsbaugesellschaften finanziell zu stärken und wo es sie nicht gibt aufzubauen - Wohnungsverlust muss mit aller Macht verhindert werden. Nicht nur hier ist die Schuldenbremse das größte Hindernis und muss abgeschafft werden. Wir brauchen aber auch eine echte neue Wohngemeinnützigkeit. Boden darf kein Spekulationsobjekt sein. Ein Anfang ist es, keine Flächen mehr zu privatisieren, sondern in öffentlichen Besitz zurückzuholen. Mieter*innen brauchen demokratische Mitbestimmungsrechte. Wärmedämmung und die Umstellung von Heizungen auf nachhaltige Energien müssen mietenneutral stattfinden. Wir wollen sozial gerechte Förderprogramme und gesetzliche Regelungen, die dies ermöglichen und sicherstellen.

3. Für Klimagerechtigkeit und gegen Krieg

Der Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen und die Zerstörung der Natur ist für uns von zentraler Bedeutung und eng verbunden mit der sozialen Frage und der Frage von Krieg und Frieden. Als Friedenspartei werden wir nicht aufhören, den häufigsten Grund für erzwungene Migration zu benennen: Die Kriege der Mächtigen um Rohstoffe, Marktzugänge und militärischer Einflussphären. Deshalb sind wir als einzige Partei auch konsequent gegen Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion. Aber auch der Klimawandel wird ein immer zwingender Grund für Menschen, ihre Heimat zu verlassen und an anderen Orten eine Lebensgrundlage zu suchen. Wir kämpfen gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die eng verbunden ist mit der sozialen Frage und denken beide Themen immer zusammen. Gerade weil sich die Krisen zuspitzen: Der Kampf für einen ökologischen und sozialen Wandel der Gesellschaft und der Wirtschaft wird die Zukunft zunehmend bestimmen und hat für uns oberste Priorität ebenso wie der Kampf um eine friedliche Lösung von Konflikten auf dieser Welt. Zusätzlich wird auch der Klimawandel ein immer zwingender werdender Grund für Menschen, ihre Heimat zu verlassen und an anderen Orten eine Lebensgrundlage zu suchen. Wir kämpfen gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die eng verbunden ist mit der sozialen Frage und denken beide Themen immer zusammen. Mit Krieg und Hochrüstung kann kein einziges der großen Menschheitsprobleme gelöst werden! Kriege verbrauchen die begrenzten Ressourcen der Erde, zerstören Natur und Lebensräume. Das Geld, das für Militär ausgegeben wird, fehlt in den öffentlichen Haushalten. Derzeit gibt Deutschland 85 Milliarden Euro im Jahr für Militär aus, es soll noch viel mehr werden. Die

sogenannte Zeitenwende drängt auf den militärischen Umbau der Gesellschaft. Die Rufe nach immer mehr Waffenlieferungen, Aufrüstung, aktive Kriegsbeteiligung und die jüngste Stationierung atomwaffenfähiger US-Mittelstreckenraketen grenzen an politischen Wahnsinn. Noch ist eine Mehrheit der Bevölkerung gegen den Kriegskurs. Wir als Linke arbeiten mit am Aufbau einer starken Friedensbewegung.

4. Willkommenskultur und unser Kampf gegen Rechts

Nie zuvor war Reichtum in der Welt so ungleich verteilt. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 38 Prozent des globalen Vermögens, die ärmste Hälfte besitzt im Vergleich dazu nur zwei Prozent. 719 Millionen Menschen führen dadurch einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf. Sie leben von weniger als zwei Euro am Tag. Millionen von ihnen leiden Hunger.

Teil dieser Gesellschaftsordnung ist der Fortbestand kolonialer Abhängigkeiten trotz formaler Unabhängigkeit, die unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus eine selbstbestimmte Entwicklung unterbinden. Dadurch sind so viele Menschen – wie noch nie zuvor – gezwungen, ihr zuhause zu verlassen. Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) sind 103 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Hauptursache sind neben Krieg und Gewalt, eine Mischung aus Armut, Ausbeutung, Umweltkatastrophen und Chancenlosigkeit.

Flucht- und Migrationsbewegungen drücken daher auch den Anspruch auf ein würdiges Leben, auf eine „Globalisierung von unten“ aus. Daher kämpfen wir für den Erhalt eines humanitären Asylrechts und fordern eine Migrationsgesellschaft, die Geflüchtete in Deutschland integriert und nicht nur ihre Arbeitskraft ausbeutet. Widerstand ist nötig vor allem gegen die vom Westen angezettelten Kriege und die Waffenexporte. Von zentraler Bedeutung ist der Kampf für eine andere Weltwirtschaftsordnung, gegen die Freihandels-Politik und die neoliberale Agenda. Ebenso zentral ist das Eintreten für eine andere Klimapolitik.

Um die sich bedrohlich verstärkende Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen, ist in Deutschland eine andere Sozial- und Arbeitsbeschaffungspolitik nötig. Konkurrenz zwischen Geflüchteten Bürgergeld-/Hartz-Vier-Empfängern Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern auf dem Wohnungsmarkt und um Arbeitsplätze muss beendet werden. Überschuldete Kommunen brauchen hierfür Haushaltsmittel um ihren Sozialstaatlichen Pflichten und demokratischen Auftrag nachzukommen. Durch eine andere Besteuerung der Reichen, der Gewinne und Vermögen ist eine humane Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland möglich.

Die im Kern faschistische AfD bekämpft man nicht, indem man ihr hinterherläuft. Millionen sind im Februar dieses Jahres in ganz Deutschland gegen die "Remigrationspläne" der AfD auf die Straße gegangen. Führende Vertreter der AfD sprechen von "millionenfacher Rückführung" von Ausländern und Deutschen mit migrantischer Herkunft. Völkischer Rassismus war der Kitt, der die NSDAP zusammengehalten und angetrieben hat. Völkischer Rassismus hält auch die AfD zusammen. Die Gefahr, dass in Deutschland eine faschistische Massenbewegung unter Führung der AfD heranwächst und dass es doch "wieder" passiert, ist heute so groß, wie nie nach 1945. "Nie wieder" heißt jetzt! Unter der Losung "Alle zusammen gegen den

Faschismus!" beteiligt sich die Linke. Hessen am Aufbau einer widerständigen antifaschistischen Bewegung.

III. Klare Opposition zu kapitalistischen Logiken

Keine Versammlung der Linken wird ohne offene politische Diskussion stattfinden. Wir wollen Bildungsbausteine in die Arbeit der Kreis- und Ortsverbände sowie der Landesarbeitsgemeinschaften und landesweiten Zusammenschlüsse integrieren. Wir bieten darüber hinaus online oder regional Veranstaltungen zu aktuellen und grundlegenden Themen an. Hierzu arbeiten wir mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Kommunelinks und der Kommission politische Bildung zusammen. Um die Kompetenzen von erfahrenen Mitgliedern als solche, die in einen Bereich neu einsteigen, weiterzugeben, bieten wir Mentoringprogramme an. Bei all unserem politischen Engagement bleiben wir unserer Tradition als oppositionelle und antikapitalistische Partei treu. Es liegt an uns, als Partei Die Linke. in Hessen, eine klare und konsequente Haltung einzunehmen. Für die Bundestagswahl und Kommunalwahlen orientieren wir uns am Plan 25 und wollen 2028 wieder im Hessischen Landtag vertreten sein. Viele vermissen unsere engagierte und konsequente Opposition in Wiesbaden. Wir setzen uns aktiv ein für eine gerechte und solidarische Gesellschaft und kämpfen gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Nur gemeinsam und nicht gegeneinander wird uns der Kampf für eine bessere Welt gelingen!

Mehr linke Politik für unsere hessischen Kommunen: Solidarisch leben in starken Städten und Gemeinden

Wir als Die Linke. haben Spielräume, die wir nutzen und erweitern können und werden - auf allen Ebenen. Wir können außerparlamentarisch Verbündete finden und Druck auf *Entscheider**innen im Rathaus ausüben. Und wir können in den Gremien und Parlamenten vor Ort nahbar und konsequent für bessere Verhältnisse eintreten und auftreten.

Bedeutung von Kommunalpolitik in dieser Zeit

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für unser Leben und Wirtschaften werden auf Bundesebene und in der EU verhandelt, umkämpft und beschlossen. Die Umsetzung aber wird meist als lebendige Praxis vor der Haustür in den Kommunen erlebt. Ob und wie sozial-ökologischer Umbau, oder auch nur Klimaschutz gelingen kann, entscheidet sich vor allem vor Ort:

Gibt es öffentlichen Nahverkehr mit Mobilitätsgarantie, guten Arbeitsbedingungen und für alle bezahlbar? Sind die Wege für Fuß und Fahrrad sicher und komfortabel für alle? Oder werden Parkplätze subventioniert und Öffis vernachlässigt? Bieten die Stadtwerke erneuerbare Energie- und Wärme zu sozial gerechten Preisen? Wird das Potential auf allen Dächern genutzt und gibt es transparente Planung, gute Beteiligungsprozesse und Kommunikation? Oder bleibt Energiewende den Wohlhabenden vorbehalten? Gibt es genügend Sozialwohnungen, kommunale Wohnungsgesellschaften, Wohnraumagenturen und wird Obdachlosigkeit verhindert? Wird Grund und Boden für die Allgemeinheit gesichert und Leerstand vermieden? Oder wird Wohnraumversorgung dem Markt und damit dem Profitinteresse von Immobilieninvestor*innen überlassen? Gibt es in den Kitas und Schulen gesundes und preiswertes Mittagessen, gibt es Schulküchen und Gärten? Werden Lebensmittelversorgung aus der Region und öffentliche Kantinen gefördert, damit gemeinsames Mittagessen für alle möglich wird? Oder werden Arme zu den überlasteten Tafeln geschickt? Gibt es wohnortnah genügend Versorgung für Kranke und Pflegebedürftige? Werden pflegende Angehörige unterstützt? Können alle Schüler*innen in guten Verhältnissen lernen? Bekommen alle einen Kitaplatz und qualifizierte Grundschulbetreuung? Sind Sport und Spielplätze, Schwimmbäder, Kultur- und Jugendräume da? Oder müssen die Leute viel bezahlen oder weit fahren, um solche Angebote zu erreichen? Werden Inklusion, Soziokultur und Interkulturelles Leben, Umweltbildung, internationale Solidarität und Nachbarschaftlichkeit gefördert? Oder bleibt sich jede*r selbst überlassen? Werden Klimaanpassung und Lebensqualität umweltgerecht geplant und weiterentwickelt? Oder wird nur dort was verbessert, wo die Einflussreichen leben? Werden Projekte und Entscheidungen mit guten Beteiligungsverfahren, mit Empathie und für alle verständlich entwickelt? Oder wird top-down aus dem Rathaus regiert? Wir haben in vielen Kommunalvertretungen sehr klar gemacht auf welcher Seite wir stehen. Wir wollen, dass die Menschen über ihre Zukunft

selbst entscheiden. Wir legen uns mit den Reichen und Mächtigen an. Wir kämpfen gemeinsam mit den Menschen für ein gutes Leben in Würde für alle

Daseinsvorsorge ist Sache der Kommunen

Wirtschaft ist nicht gleich Marktwirtschaft. Im Gegenteil: ohne öffentliche Infrastrukturen und Daseinsvorsorge, ohne unbezahlte Hausarbeit und ohne Subsistenzwirtschaften im globalen Süden würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Kapital- und profitgetriebene Wachstumswirtschaft dominiert und ist nicht nur für die extreme Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen verantwortlich, sondern auch für die existenzbedrohende ökologische Zerstörung.

Im Unterschied dazu können kommunale Unternehmen gemeinnützig wirtschaften - mit dem Ziel öffentliche Daseinsvorsorge nachhaltig sicher zu stellen, am Bedarf der Bewohner*innen ausgerichtet und in öffentlicher Hand – in den Händen der Bürger*innen vor Ort.

Ein Beispiel ist die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft, die für sauberes Trinkwasser, sichere Abwasserentsorgung, nachhaltige Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz sorgt. Sie ist dem Umweltschutz verpflichtet, der vorausschauenden Wirtschaftlichkeit, vor allem aber der Versorgung der ganzen Bevölkerung. Und das gelingt gut. Öffentlich-rechtliche Unternehmen oder kommunalen Betriebe kooperieren in Zweckverbänden und sorgen auch in dünn besiedelten Regionen für Wasserinfrastruktur.

Wir wollen, dass diese Art der Gemeinwohl-Wirtschaft ausgedehnt wird auf Wohnen und Mobilität, Wärme und Energie, Gesundheit, Bildung und Kultur, soziale Einrichtungen, Abfall und Wiederverwendung ... all das sind gesellschaftliche Bereiche des Daseins, die in öffentliche Hand gehören und nicht privatrechtlich über Kaufkraft und Profitabilität bestimmt sein dürfen.

Derzeit ist keine linke Bewegung in Sicht, die die herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse revolutionieren könnte. Aber wir können vor Ort darum ringen, dass öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisiert wird, dass es Rekommunalisierung gibt und dass neue gemeinnützige öffentliche Unternehmen und Einrichtungen errichtet werden. Wir wollen, dass kommunale Strukturen wachsen, die einen sozialen und ökologischen Umbau der Art und Weise unseres Lebens und Arbeitens ermöglichen. Versorgung statt Verschwendung. Öffentlicher Wohlstand eben, statt privater Hyperreichtum.

Kommune muss finanziert werden: Mehr Kohle in öffentliche Kassen!

Die Kommunen haben öffentliche Daseinsvorsorge als Aufgabe, aber zumeist ist weder eine nachhaltige Versorgung gewährleistet noch der Bedarf der Bevölkerung gedeckt. Es fehlt an Schultoiletten und Kitaplätzen, an regenerativen Wärmenetzen, an sozialem Wohnraum, an Lernschwimmbecken, Busverbindungen und vielem mehr. Den meisten Städten und Gemeinden fehlen die Finanzen, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Wir wollen, dass der Artikel 137 der Landesverfassung mit Leben erfüllt wird. Dort steht im Absatz fünf: Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung

ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.

Darüber hinaus brauchen wir öffentliche Institutionen, die den Gemeinden Hilfestellung anbieten für den Aufbau und die Rückgewinnung eigener Infrastrukturen der Daseinsvorsorge. Wir fordern von der Hessischen Landesregierung die Gründung eines Instituts, das auch über ausreichende Finanzmittel verfügt, um Gutachten und Sachverständige oder eine Anschubfinanzierung zur Rekommunalisierung von Unternehmen und Leistungen zu bezahlen. Außerdem muss die hessische Gemeindeordnung geändert werden, so dass die eigenwirtschaftliche Betätigung von Kommunen gefördert und nicht beschränkt wird.

Kommunen haben wenig Möglichkeiten eigene Steuern zu erheben. Grundsteuern belasten als Nebenkosten auch Mieter*innen. Bei der Gewerbesteuer gibt es den Wettbewerb der Kommunen um den niedrigsten Hebesatz als Ansiedlungsanreiz für die Unternehmen. Die Möglichkeit Rücklagen einzusetzen oder einzusparen ist in den meisten Kommunen beendet. Da geht es dann um Kürzungen in der Jugendhilfe, um fehlende Schul- und Kitaplätze, um Schließung von Bürgerhäusern und Kliniken, um fehlenden Hochwasserschutz und andere Klimaanpassungen, die nicht erbracht werden können.

Angebote für Kultur und Sport, wie sie in der Landesverfassung stehen, zählen zu den so genannten freiwilligen Leistungen. Die stehen häufig ganz zur Disposition und können nicht finanziert werden.

So wird Demokratie zum Luxus. So schwindet das Vertrauen auch in der Kommunalpolitik. Die Aggression gegenüber Mitarbeiter*innen wächst. Die Abwendung von Politik und Staat wird forciert. Das akzeptieren wir nicht!

Den Kommunen werden immer mehr Aufgaben zugewiesen. Geld dafür vom Land und vom Bund gibt es erst mit massivem Druck aus den Kommunen und das meist zu wenig. Mit dem "Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte" wehren sich mehr als 60 Kommunen aus sieben Bundesländern, fordern Schuldenerlass und aufgabengerechte Finanzierung. Richtig so.

Um die Demokratie zu stärken, ist ein Umsteuern und eine Umverteilung von Steuergeldern erforderlich. Dazu gehört die Einführung einer Gemeindefinanzsteuer und ein größerer Anteil den Kommunen an den Vermögenssteuer-Einnahmen, sowie die Entschuldung hochverschuldeter Kommunen. Das Land muss den Kommunen die Schulden und Zinsen, die über Schutzschirm und Hessenkasse übernommen worden waren erlassen.

Insgesamt ist gerechtere Steuerpolitik unverzichtbar. Eine europäische für Multimillionär*innen, wie es die Kampagne „tax the rich“ fordert, könnte allein in Deutschland 85 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Große Erbschaften, Körperschaften, Kapital- und Spitzeneinkommen müssen höher besteuert werden. Eine Übergewinnsteuer soll die Profiteure von Krisen, Kriegen und Inflation heranziehen. Steuerehrlichkeit muss durchgesetzt werden - gegen die Reichen und Mächtigen.

Gerechte Kommunalpolitik mit Linken

Die Linke. steht für Steuergerechtigkeit, Erweiterung der Demokratie und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge – als Gegengewicht zur kapitalistischen Verwertungslogik.

Wir wollen, dass in den Kommunalparlamenten nicht darum gestritten, was noch verkauft und wo noch eingespart werden kann, sondern dass Protest gegen die ungerechte Verteilung organisiert wird.

Wir wollen die kommunalen Möglichkeiten Zugunsten sozialer und demokratischer Teilhabe ausschöpfen und erweitern. Wir vertreten die Anliegen von Armen, von den Beschäftigten, von Bürger*innen, die sich gegen Ungerechtigkeit wehren und pochen auf Umweltgerechtigkeit Zugunsten von "vulnerablen Gruppen". Wir protestieren gegen Ungerechtigkeit und unterstützen Betroffene, sich zu wehren.

Wir haben gute Gründe für gemeinnütziges kommunales Wirtschaften: Leistungen, die für alle Bürger*innen zugänglich sind, günstige Preise ohne Profiteure, Wertschöpfung, die in der Region bleibt, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu tarifgerechten Bedingungen, betriebliche Mitbestimmung und kommunale Selbstbestimmung, Transparenz und demokratische Kontrolle. Kommunale Betriebe können die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten, gerade dort, wo Private keine Gewinnchancen wittern.

Wir wollen die feministische Idee der „Sorgenden Städte“ verbreiten (rosalux.de/sorgende-staedte). Als Einstieg etwa die Forderung nach kommunalen Dienstleistungen in der Altenpflege oder der Ausbau von Gesundheits- und Nachbarschaftszentren. Diese könnten Unterstützungsangebote etwa für ältere Menschen und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche bieten, ebenso wie Räume für geteilte Sorgearbeit in Elterngruppen oder Gemeinschaftsküchen. Dazu gehören Maßnahmen, die eine Stadt für alle zugänglich machen, wie etwa Nulltarif im ÖPNV oder einen Krankenschein, der auch Menschen ohne Papiere Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht. Es geht auch um eine Stadt, in der sich alle wohlfühlen, mit Grünflächen, guten Fuß- und Radwegen, mit Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung sexualisierter Gewalt (Umsetzung Istanbul-Konvention), mit Maßnahmen gegen sexualisierte Belästigung im öffentlichen Raum und in der städtischen Verwaltung (Umsetzung der auch endlich von Deutschland ratifizierten ILO-Konvention 190) und ohne anlasslose Polizeikontrollen. Wir wollen, dass Geschlechtergerechtigkeit und gute Sorgeverhältnisse zu Leitlinien der öffentlichen Verwaltung werden.

Dies alles ist – wie vieles andere - unter der schwierigen Finanzlage vieler Kommunen eine Gratwanderung. Meist sind die Rücklagen aufgebraucht, Liegenschaften verkauft und die Grundsteuer bis an die Schmerzgrenze erhöht. Trotzdem ist es kaum möglich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Vor diesen Herausforderungen stehen auch linke Kommunalpolitiker*innen - egal ob in der Opposition oder in der Regierung.

Wir müssen das eine tun und das andere nicht lassen:

Wir führen den Kampf um gute finanzielle Ausstattung unserer Gemeinden - mit Anträgen, Vernetzung und Mobilisierung von denjenigen, die unter den Kürzungen leiden. Und wir kämpfen darum, dass alle real existierenden Möglichkeiten für bessere Kommunalpolitik genutzt werden.

Unser Engagement lohnt sich! Wir können auf einige kommunalpolitische Erfolge stolz sein:

In vier Kommunen ist Die Linke. Koalitionspartnerin. In Wiesbaden konnten wir gemeinsam mit Verbänden und Engagierten einen Kahlschlag im Kinder- und Sozialbereich (20 Millionen Euro Kürzungen waren geplant) verhindern. Unsere Dezernentin steht gegenüber den teilprivatisierten Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken klar an der Seite der Beschäftigten und Patient*innen. Und die Umsetzung der Cannabislegalisierung ist gut auf den Weg gebracht. Im Kreis Groß-Gerau wurde die

Kreisklinik gerettet und die Beschäftigten des Klinikservice wurden "rekommunalisiert" - jetzt gilt für alle der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Außerdem verhindert dort eine Wohnungssicherungsstelle Woche für Woche Räumungen von Wohnungen und die neue Wohnraumhilfe akquiriert Wohnraum, der nicht auf dem Markt ist. In Gießen konnte eine Sozialwohnungsbaquote und ein Fonds bei Problemen die Energiekosten zu zahlen vereinbart werden.

Auch als linke Opposition können wir etwas erreichen: In Darmstadt wurde auf Druck der Linksfraktion ein Sozialticket eingeführt. In Kassel wurden eine Sozialwohnungsquote durchgesetzt und Mieter*innen organisiert, sodass sie selbst ihre Interessen verteidigen können. In Frankfurt konnte die Linke, trotz erheblichen Widerstands der Stadtregierung erzwingen, dass die Istanbul-Konvention umgesetzt wird. Die Römerfraktion erfährt viel Aufmerksamkeit für ihr hohes Engagement. Zum Erhalt der Klinik in Hofheim hat die Linke, im Kreistag ein überparteiliches Gesundheitsbündnis auf die Beine gestellt, die Petition gegen die Schließung wird von mehreren Tausend Menschen unterstützt.

Wir haben durchgesetzt, dass Tonaufnahmen von Stadtverordnetenversammlungen und Beschlusskontrollen veröffentlicht werden und berichten aus den Gremien. Einige Fraktionen bieten Sozialsprechstunden, Ämterbegleitung und einen "Sozialkompass" an. Selbst auf dem Land geht etwas: In Neu-Eichenberg wurde mit unserer Hilfe nach vielen Jahren jetzt endgültig das Ackerland gerettet und wird nicht von Logistikhallen und Lkw-Kolonnen zerstört.

Dies sind Beispiele, von denen es noch weitere gibt. Und von solchen „kleinen Siegen“ wollen und können wir mehr erringen!

Dafür brauchen wir Programme und Persönlichkeiten, die das glaubwürdig verkörpern. Auch dann, wenn der Anpassungsdruck groß ist oder wenn ein Posten lockt. Wir wollen Menschen gewinnen für uns zu kandidieren, und Aufgaben zu übernehmen, die in ihrer tätigen Praxis Linke sind - ob mit oder ohne Parteibuch.

Auf zur Kommunalwahl 2026

Die Linke. Hessen ist in einer widersprüchlichen Situation. Einerseits stecken uns den Verlust von der Landtagsfraktion und der schlechte Bundestrend in den Knochen. Andererseits hat die gewonnene politische Klarheit für einen Mitgliederzuwachs gesorgt, der die Verluste der Konfliktzeit ausgleichen konnte. Wir haben zwei Bundestagsabgeordnete und sind an den kommunalen Regierungen in Wiesbaden, in Gießen, in Dietzenbach und im Kreis Groß-Gerau beteiligt.

Unsere Partei steht als Mitgliederpartei deutlich stabiler dar als die jüngsten Wahlergebnisse. Doch ist die Situation regional unterschiedlich: Die Neueintritte konzentrieren sich - von positiven Ausnahmen wie im Werra-Meißner-Kreis abgesehen - mehrheitlich in urbanen Kreisverbänden. Unsere Aufgabe ist es, dieses Fundament zu nutzen und zu stärken, zugleich aber auch in Kleinstädten und Gemeinden unsere Präsenz auszubauen. Dafür haben wir mit der LAG ländliche Räume oder mit der Krankenhaus-Aktionswoche praktische Ansätze.

Kommunalfractionen sind notwendig, damit unsere Partei in der Fläche präsent ist, dass Büros erhalten werden und wir als relevanter Akteur präsent sind. Deshalb wollen wir bei der kommenden Kommunalwahl unsere Kommunalmandate wiedergewinnen. Dazu gehören auch Listenverbindungen und die Unterstützung von Menschen, die eine

Kandidatur für die Linke. in Betracht ziehen. Zugleich werden wir unsere Kreisverbände stärken, wie wir es beim letzten Landesparteitag beschlossen haben - für aktive Kreisverbände und Basisorganisationen. Im Großen wie im Kleinen gilt: Wir machen unsere Geschichte selbst, aber unter vorgefundenen Bedingungen und vor allem gemeinsam. Wir wissen, dass kluge Kommunalwahlprogramme und pfiffige Plakate allein die Gemeinden nicht retten. Wir treten nicht nur zu Wahlen an, um den Interessen unserer Klasse Gehör zu verschaffen. Wir sind gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Mieter*inneninitiativen, Klimaaktivist*innen, migrantischen Gruppen oder Glaubensgemeinschaften aktiv und machen auch außerparlamentarisch Druck. Erfolgreiche Bündnisprojekte wollen wir auch für die Kommunalwahl fortsetzen und wo möglich neue schmieden.

Wir freuen uns schon auf die dritte bundesweite kommunalpolitische Konferenz (KoPoKon) der RLS, die vom 21. bis 23. März 2025 in Wiesbaden stattfindet!

Wir werden für die Kommunalwahlen 2026 lokale Schwerpunkte gemeinsam mit unseren Mitgliedern sowie Freundinnen und Freunden diskutieren und setzen. Wir wollen auch 2026 eine flächendeckende linke Präsenz in den hessischen Kommunalparlamenten, damit linke Politik vor Ort mehr bewirkt. Lasst uns dafür kämpfen!

Her mit Ersatzdokumenten für ukrainische Wehrdienstverweigerer!

Über eine Million Ukrainer*innen haben in der Bundesrepublik Zuflucht vor dem russischen Angriffskrieg auf ihr Land gefunden. Etwa 200.000 von ihnen sind, ihren Papieren nach, Männer. Diese Männer* haben sicherlich mitbekommen, dass ihr Land angegriffen wurde. Es wird ihnen auch nicht entgangen sein, dass ihre Regierung alle männlichen Bürger für den Wehrdienst mustern und als Reserve im Land behalten möchte. Da sie nicht in die Ukraine zurückkehren, ist davon auszugehen, dass sie keinen Dienst an der Waffe leisten wollen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik garantiert, dass niemand zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf. Es ist augenscheinlich, dass diesen Männern* in der Ukraine ebendies droht. Videos, in denen Männer* in der Ukraine von Feldjägern auf der Straße aufgegriffen und mit Tritten und Schlägen zum Wehrdienst verschleppt werden, gingen um die Welt. Dass ukrainische Konsulate keine Pässe von Männern* im Ausland mehr verlängern, liegt daran, dass man auf sie bei Bedarf genauso zugreifen können möchte.

Wie der hessische Innenminister zu behaupten, es sei für diese Männer* zumutbar, ihre Papiere in der Ukraine zu erneuern, ist eine offene Verletzung dieses vom Grundgesetz allen Menschen garantierten Rechts. Das wird vor allem dadurch offenbar, dass Männer* jenseits des Wehrdienstalters sowie Frauen* durchaus Ersatzdokumente von deutschen Behörden bekommen, damit sie die gefährliche Reise in das täglich bombardierte Land nicht auf sich nehmen müssen.

Unsere Solidarität gilt den Menschen der Ukraine. Wo diese von der Regierung gegen ihren Willen zum Töten und Sterben gezwungen werden sollen, wollen wir sie vor dem Zugriff ihres Staates schützen, so wie es unser Grundgesetz gebietet. Wir fordern die hessische Regierung dazu auf, das Grundgesetz zu achten und die Ausstellung von Ersatzpapieren für Ukrainer* wiederaufzunehmen. Wir fordern unsere Genoss*innen, die in anderen Bundesländern regieren, dazu auf, sich in ihren Ländern für eine Wiederaufnahme einzusetzen.

Wir fordern Asyl und Selbstbestimmungsrecht für alle Deserteure und Wehrdienstverweigerer, selbstverständlich auch für die Russischen. Ihnen Flucht und Bleiberecht zu ermöglichen und zu vereinfachen ist nicht nur humanistische Pflicht, sondern auch ein probates Mittel, um Putins Armee zu schwächen.

Menschenleben und Menschenrechte schützen: Wir stehen kompromisslos für Frieden, Meinungsfreiheit und gegen Antisemitismus und Rassismus!

Frieden jetzt!

Seit fast einem Jahr wütet ein furchterlicher Krieg im Gazastreifen, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung leidet, und dem mittlerweile Zehntausende Menschen zum Opfer gefallen sind. Palästinenser*innen verlieren ihr Hab und Gut, ihre Häuser, ihre Familien und Angehörigen. Wir trauern um die Tausende unschuldiger Opfer und stimmen mit dem Großteil der Menschheit überein: Der Krieg muss sofort beendet werden!

Der Konflikt hat eine lange Geschichte von Unterdrückung, Besatzung und Terrorismus - aber auch von Aktivist*innen für Frieden und Gerechtigkeit! - die man nicht ausblenden kann. Das Massaker vom 7. Oktober und die Zerstörung des Gazastreifens im folgenden Krieg haben dennoch eine neue Qualität, die die ohnehin fast hoffnungslose Situation noch einmal um ein Vielfaches verschlimmert.

Wir Linke. haben den Anschlag der Hamas, bei dem über Tausend Menschen ermordet und über hundert verschleppt wurden, klar und unmissverständlich verurteilt. Wir erkennen an, dass Israel, wie jeder andere Staat auf der Erde, ein Recht auf Selbstverteidigung hat. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass ein endloser Krieg mit bisher über vierzigtausend Opfern dem legitimen Bedürfnis Israels nach Sicherheit genauso wenig dient wie Terroranschläge dem legitimen Bedürfnis der Palästinenser*innen nach Freiheit, Gleichheit und Würde dienen können.

Berichte über Folter im israelischen Gefängnis Sde Teiman und die Parteinahme der Rechtsradikalen in der Israelischen Regierung für die mutmaßlichen Täter*innen lassen Zweifel daran aufkommen, dass die Wahrung der Menschenrechte und das Befolgen der von Israel unterzeichneten Konventionen durch die gegenwärtige Regierung sichergestellt wird. Bei der Inkaufnahme von Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung wie auch gegenüber Gefangenen hört jedes Recht zur Selbstverteidigung auf. Das Recht, sich zu wehren schließt das Recht, sein Gegenüber zu misshandeln niemals mit ein. Viele Expert*innen, darunter Rechtswissenschaftler*innen sowie Mitglieder der Vereinten Nationen und weiterer Menschenrechtsorganisationen, stellen fest, dass die Gefahr genozidaler Handlungen besteht.

Daher muss sich Deutschland um einen schnellen Waffenstillstand und um Deeskalation bemühen. Dazu gehört auch ein Ende der Waffenexporte in die gesamte Region. Und, dass Deutschland endlich seiner Verantwortung nach internationalem Recht nachkommt.

Wir fordern eine Verhandlungslösung, alle unschuldigen Gefangenen freizulassen und auf einen gerechten und nachhaltigen Frieden hinzuarbeiten. Alle Menschen, ganz gleich welcher Religion oder Herkunft, haben den gleichen Anspruch auf Bürgerrechte und soziale Sicherheit. Wir stehen auf der Seite der linken und fortschrittlichen Kräfte in Israel, Palästina und weltweit, die sich dafür einsetzen.

Menschenfeindlichkeit entgegentreten

Seit dem 7. Oktober ist die Anzahl und die Intensität antisemitischer Übergriffe ins Unermessliche gestiegen. Soziale Medien quellen über von antisemitischen Karikaturen, jüdische Einrichtungen auf der ganzen Welt werden beschmiert oder angezündet, als

Jüdinnen*Juden erkennbare Menschen erfahren vermehrt verbale wie körperliche Übergriffe, Büros von jüdischen Lehrenden werden an Universitäten mit Farbe markiert, an Wohnungen von Jüdinnen*Juden werden Davidssterne gesprüht. Seit dem 7. Oktober ist auch ein deutlicher Anstieg an antimuslimischem Rassismus zu beobachten. Muslim*innen werden unter den Generalverdacht der Solidarität mit der Hamas gestellt, körperliche Angriffe auf Kopftuchtragende Frauen nehmen zu und rassistische Karikaturen haben Konjunktur. Wir stellen uns entschieden gegen diese Entwicklungen und setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Sicherheit und ohne Angst leben können.

Antisemitismus bekämpfen, Meinungsfreiheit sicherstellen

Für uns Linke ist die klare Ablehnung jedes Antisemitismus genauso selbstverständlich wie der unversöhnliche Kampf gegen alle anderen Arten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Deswegen erfahren auch die von antisemitischer Gewalt Betroffenen stets unsere unverbrüchliche Solidarität. Antisemitische Hetze hat mit der freien Meinungsäußerung nichts zu tun. Auch Rechten, die ihren offensichtlichen Antisemitismus mit vorgeschobener Israelsolidarität tarnen wollen, treten wir entgegen. Zugleich wehren wir uns entschieden dagegen, Menschen, die sich für eine friedliche Beilegung des Nahostkonflikts und die Rechte der Palästinenser*innen einsetzen, unter den Generalverdacht des Antisemitismus zu stellen und jeden Slogan möglichst negativ auszulegen, um die Betroffenen ihrer demokratischen Rechte zu berauben in deren Genuss in diesem Land selbst Rechtsradikale kommen. Versammlungsfreiheit ist nur da einzuschränken, wo die Versammlung andere durch Wort oder Tat konkret bedroht oder gefährdet und nicht schon da, wo die Regierung mit der Meinung der Demonstrierenden nicht einverstanden ist. Es muss möglich sein, sich friedlich zu versammeln, Konzerte, Konferenzen und Tagungen abzuhalten und Unterschriftenlisten zu unterzeichnen, ohne staatliche Repressionen in jeglicher Form, oder Fördermittelentzug zu befürchten. Für uns gilt ganz im Sinne Bert Brechts: Völlige Freiheit der Meinung mit einer Ausnahme: „Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen und für solche, welche den Völkerhass fördern.“

Kein Gefängnis mehr für Fahren ohne Fahrschein

Die Haftstrafe ist das härteste Mittel, das einem Rechtsstaat zur Verfügung steht. Sie stellt in Deutschland die letzte Konsequenz dar. Aber nicht nur Menschen, die wegen Raub, Mord oder Totschlag verurteilt wurden, sitzen im Gefängnis – auch Tausende Menschen, die kein Geld haben, um sich ein Ticket für Bus oder Bahn zu kaufen. Denn ohne Fahrschein mit Bus oder Bahn zu fahren, ist in Deutschland eine Straftat. Wer dabei erwischt wird und die 60 Euro erhöhtes Beförderungsentgelt nicht zahlen kann, wird von den Verkehrsverbänden angezeigt. Grundlage dafür ist § 265a des Strafgesetzbuchs, „Erschleichen von Leistungen“ – ein Nazi-Relikt aus dem Jahr 1935.

Dieses Recht hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun! Fahren ohne Fahrschein ist ein Armutsdelikt. Ein Großteil der Betroffenen ist arm, leidet an psychischen und sozialen Krisen. Die meisten, die eine Ersatzfreiheitsstrafe wegen Fahrens ohne Fahrschein absitzen, sind arbeitslos, jede:r Dritte suchtkrank und mehr als ein Achtel obdachlos. Die Betroffenen sind mit dem erhöhten Beförderungsentgelt und ihrer oftmals ohnehin prekären Lage gestraft genug, die Haftstrafen sind für sie eine Katastrophe - während die Strafverfolgung und Unterbringung Millionen Steuergeld verschlingt und die Justiz mit den Bagatelldelikten überlastet ist.

Schon zu Beginn der Legislaturperiode kündigte die Ampel-Koalition die Überarbeitung des umstrittenen Paragraphen an, kommt aber nicht in die Puschen. Derweil schlägt die Stunde der Kommunen: Progressive Städte und Kommunen haben das Fahren ohne Fahrschein bereits selbst entkriminalisiert: Bremerhaven, Bremen, Münster, Düsseldorf, Köln, Mainz, Karlsruhe, Potsdam, Halle, Dresden und auf Initiative der Linksfraktion hin auch Wiesbaden haben ihre Verkehrsbetriebe angewiesen, weder Strafanzeigen noch Strafanträge für das Fahren ohne Fahrschein zu stellen. Durch uns werden hessischen Städte und Kommunen Teil dieser Bewegung!

Als Linke. Hessen setzen wir uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrkarte nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird. Hierzu warten wir nicht auf die Bundesebene, sondern werden überall, wo wir vertreten sind, auf kommunaler Ebene aktiv und setzen uns dafür ein, dass auf das Stellen von Strafanträgen verzichtet wird. Der Anfang in Wiesbaden ist bereits gemacht – gemeinsam sorgen wir dafür, dass viele andere folgen!

Weiterhin halten wir an unserem Ziel fest, die Nutzung des ÖPNV kostenlos zu machen, also den Nulltarif im ÖPNV einzuführen. Mobilität ist eine Voraussetzung für Teilhabe, für das Erledigen von Besorgungen, den Weg zur Arbeit, die Begleitung von Kindern oder weiteren Angehörigen oder die Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen. Mobilität muss für alle verfügbar sein, ökologisch und sozial gerecht.

Der Landesvorstand wird damit beauftragt, einen Musterantrag und eine Musterpresseerklärung bereit zu stellen sowie eine Aktion zu erarbeiten, die das gemeinsame Stellen der Anträge begleitet.

Großflächenplakate und Social-Media (für den ländlichen Raum) Mehr großflächig plakatieren als kleinteilig hängen!

Der Landesvorstand der Linken Hessen wird beauftragt die Voraussetzungen für die zukünftigen Wahlkämpfe insbesondere in den ländlichen Landkreisen individueller und spezieller auszurichten. Um dieses zu erreichen, müssen folgende Dinge in Angriff genommen werden.

1. Personelle und finanzielle Unterstützung für den verstärkten Einsatz von Großflächenplakaten und anbringen von normalformatigen Plakaten insbesondere im ländlichen Raum,
2. Schulungen anbieten um das Portal Lissi nutzen zu können

Finanzierungsvorschlag

Finanziert werden könnte dieser Vorschlag zum einen durch eine Papierreduzierung in der Herstellung und Bestellung von Flyern und anderen aus Papier und Plastik hergestellten Materialien. Zum anderen durch einen im Landesfinanzrat ausgehandelten Wahlkampfetat, der durch die Kreisverbände mitfinanziert wird.

Änderung der Wahlordnung der Partei im § 4 Abs. 4

Die Mitglieder des Landesparteitages mögen beschließen, den folgenden Antrag auf dem kommenden Bundesparteitag in Halle zu unterstützen:

In der Wahlordnung wird im § 4 Abs. 4 folgende Ergänzung vorgenommen.

Neufassung des § 4 Abs. 4 Wahlordnung

(4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein oder mehrere Mitglieder der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus. Sofern bei Kreis- und Ortsverbänden bis 100 Mitgliedern die Wahlkommission für mehrere Wahlgänge einberufen wurde, ruht zum Wahlgang der eigenen Kandidatur die Funktion und Tätigkeit in der Wahlkommission.

Aktivengruppe als Landes- und/oder regionale Gruppe bilden

Der Landesvorstand wird beauftragt die für die anstehende Bundestagswahl voraussichtlich am 28.09.25 und der Kommunalwahl im März 2026 vor allen für die ländlich strukturierten Landkreise (eine mobile Aktivengruppe) zu bilden. Diese soll im Rahmen der Wahlkampfplanung "Aktion vor Ort" aktiv von den Kreisverbänden abgerufen werden können.

Bezahlkarte in Hessen nicht einführen

Die Entscheidung des Oberlandesgerichts in Karlsruhe hat den Weg freigemacht: Die Bezahlkarte für Asylsuchende als Diskriminierungs- und Schikaneinstrument wird auch in Hessen bald zur bitteren Realität. Es zeichnet sich ab, dass das Land eine Einführung per Verordnung auch für die Kommunen verpflichtend machen wird. Doch erste Rechtsprechung deutet darauf hin, dass Ermessensspielräume, z.B. bei der Bargeldobergrenze, in den Händen der Kommunen bleiben müssen.

Der Landesverband Die Linke. Hessen fordert die Kommunen auf ihre Ermessensspielräume weitestgehend zu nutzen, um eine möglichst diskriminierungsarme Teilhabe von Asylsuchenden zu gewährleisten.

Für Asylsuchende bedeutet die Bezahlkarte eine erhebliche Einschränkung. Viele Dinge müssen bar bezahlt werden, sei es das Geld ist, das in der Schule eingesammelt wird, oder gebrauchte Kleidung auf dem Kindersachenbasar oder der Obolus für die Tafel. Ein Barbetrag von 50 Euro reicht dafür auf keinen Fall. Für andere Dinge wie Telefonrechnungen, ist eine Überweisung notwendig, die die Bezahlkarte auch nicht ermöglicht. Diese Karte ist diskriminierend und ausgrenzend. Sie führt zu einer größeren Spaltung zwischen Asylsuchenden und anderen Teilen der Bevölkerung.

Die Begründungen für die Einführung einer Bezahlkarte sind haarsträubend. Damit soll verhindert werden, dass Geflüchtete ihre Schlepper*innen finanzieren. Nur wenn es legale Fluchtwege gäbe, könnte man Schlepper*innen das Handwerk legen. Diese lassen sich jedoch nicht darauf ein, ihre Tätigkeit im Nachhinein durch Abstottern von den Leistungen für Asylsuchende zu finanzieren. Weitere Begründungen sind angebliche Pullfaktoren, die Geflüchteten unterstellen, dass sie lediglich aufgrund der Sozialleistungen flüchten würden. Die Theorie der Pullfaktoren ist lange widerlegt, Gründe für Flucht und Asyl sind immer individuell.

Es wird behauptet, dass die Bezahlkarte weniger Arbeit mache. Auch das ist nicht der Fall. Eine pauschale Bargeldobergrenze wurde bereits vom Sozialgericht Hamburg (Beschluss vom 18. Juli 24) als rechtswidrig erklärt und entschieden, dass es einer Einzelfallprüfung bedarf. Auch weitere individuelle Leistungsansprüche machen die Bezahlkarte eher zu einem erheblichen Mehraufwand. Datenschutzrechtlich ist die Bezahlkarte kaum zu realisieren, wie auch der hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit bekräftigt.

Statt Asylsuchende mit Bezahlkarten zu schikanieren, sollte darauf hingewirkt werden, dass ihnen von Anfang an Teilhabe ermöglicht wird- zum Beispiel durch ein Girokonto. Die meisten hessischen Kommunen nutzen dieses Instrument bereits als effizienten Weg zur Leistungsgewährung. Die Bezahlkarte wird für Betroffene und Kommunen einen Rückschritt bedeuten.

Außerdem rufen wir die Kommunen dazu auf, alles zu tun, damit Menschen schnell ihren Platz in der Gesellschaft finden. Dazu gehören Sprachkurse für alle, kleine Wohneinheiten und schnelle Wege in den Arbeitsmarkt. Es muss gemeinsames Ziel sein, den geflüchteten Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

Die Einführung der Bezahlkarte durch die hessische Landesregierung aus CDU und SPD mit einer Beschränkung des Barbetrags bedient die Hetze gegen Geflüchtete durch die AfD. Wir wollen aber Rassismus abbauen, rechten Kräften das Wasser abgraben und für demokratische, solidarische und soziale Lebensverhältnisse für alle Menschen in Hessen sorgen.

Mehr Bahn statt Autowahn - Pläne zum 10-spurigen Ausbau der A5 zwischen Frankfurt und Friedberg stoppen!

Die Linke. Hessen unterstützt die Proteste gegen den 10-spurigen Ausbau der A5 und fordert den sofortigen Stopp des Planungsverfahrens. Wer eine echte Verkehrswende will, investiert in die Schiene statt in Megahighways und mehr Asphalt.

Linke Kommunalpolitik: Wir wollen vor Ort stark sein!

Im Frühjahr 2026 finden in Hessen Kommunalwahlen statt. Die Linke. Hessen konnte 2021 in allen Kreistagen, kreisfreien Städten und in zahlreichen Kommunalen Vertretungen Mandate erringen (21 Kreistage, 5 kreisfreie Städte, 47 weitere Kommunen/Ortsteile). Diese Mandate gilt es zu verteidigen.

Warum?

In den Kommunen werden landes- und bundespolitische Gesetze wirksam. Hier zeigen sich konkret deren Folgen auf die Lebensverhältnisse der Menschen. Hier ist das Scharnier, um an den Erfahrungen der Menschen anzuknüpfen und deutlich aufzuzeigen, wie sich große Politik auswirkt und welche Ursachen das hat.

Hier können kleine und große Anliegen in parlamentarischen Initiativen aufgegriffen werden. Hier können linke Mandatsträger*innen wirksam sein, wenn sie beharrlich und ehrlich mit den Menschen arbeiten.

Linke kommunale Mandate können auch in Zeiten politischer Desorientierung und Unsicherheit Verankerung an der gesellschaftlichen Basis halten bzw. ausbauen.

Linke Mandatsträger*innen sind oft gut verankert. Sie können ein Verbindungsglied zu Vereinen und gesellschaftlich wirkenden Gruppen sein sowie politische Initiativen aus den örtlichen linken Kreisverbänden und Basisgruppen ins Parlament tragen.

Kommunen sind überlastet und unterfinanziert

Die Zuweisungen für Kommunen sind nicht ausreichend. Den Kommunen ist es auch nicht möglich, die Einnahmen entsprechend ihrer Aufgaben zu erhöhen: Sie dürfen sich nur sehr eingeschränkt wirtschaftlich betätigen und die Privatwirtschaft hat Vorrang vor kommunaler Wirtschaftstätigkeit. Die kommunalen Einnahmen (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Bagatellsteuern) können nicht immer weiter hochgeschraubt werden.

Kommunen bekommen immer mehr Aufgaben, ohne ausreichend dafür finanziert zu werden. Wenn ein Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge an seine Grenzen kommt, müssen dafür zunehmend die Kommunen einspringen. Das Konnexitätsprinzip ist weitgehend ausgehebelt.

Kreise und Kommunen sind zum Beispiel verantwortlich für

- Schulbauten und -einrichtung, digitale Ausstattung
- Schulsozialarbeit
- Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung
- Kinder- und Jugendhilfen
- Integration, Inklusion
- Kinderbetreuung
- Migration / Aufnahme und Integration Geflüchteter
- (ggf.) Kreisjobcenter
- soziale Hilfen, Wohngeld, Kosten der Unterkunft und Heizung,
- Ent- und Versorgung: Wasser, Abwasser, Müll
- Straßen, Verkehr, ÖPNV, Verkehrswende
- Freizeit: Kultur, Sport, Hallen- und Freibäder, Vereinsförderung, Ehrenamt

- Denkmalschutz
- Kommunikationsstruktur (Glasfaser, Digitalisierung)
- Grünflächen, Parks, Freiflächen, Sozialräume, Sozialraumgestaltung
- Naturschutz, Klimaschutz, (Investitionen, zeitlich begrenzte Förderprogramme),
- Starkregenschutz, Hitzeschutz
- bezahlbares Wohnen, sozialer Wohnungsbau,
- Armutsbekämpfung
- teilweise die wohnortnahe Gesundheitsversorgung
- regionale Wirtschaftspolitik
- uvm.

Wobei die Aufgaben meist nicht mit gleichem Elan angegangen werden. Klima-politik spielt oft eine untergeordnete Rolle. „Sozialraumgestaltung“, „bezahlbarer Wohnraum“ und „Armutsbekämpfung“ finden in vielen Kommunalvertretungen eher keine Beachtung.

Ungünstige Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik

Dass Kommunen strukturell und chronisch unterfinanziert sind, ist nichts Neues. Jedoch ermöglichte eine Phase guter Konjunktur und Steuereinnahmen zwischen 2014 und 2020 immerhin staatliche Entschuldungshilfen und zeitlich begrenzte Förderprogramme. Seitdem verschlechtert sich die Lage der Kommunen sehr deutlich. Für 2024 rechnen kommunale Spitzenverbände mit einem Defizit von 10 Milliarden Euro. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Städte- und Landkreistag geben keine positive Prognose ab. Es wird eine dauerhafte finanzielle Schieflage erwartet, die nicht durch kurzfristige und begrenzte Hilfsprogramme aufgelöst werden kann. Insbesondere werden Kürzungen im Bundeshaushalt für die ländlichen Regionen und deutliche Einschnitte bei den Sozialleistungen kritisiert. Die meisten Kommunen haben ihre Rücklagen aufgebraucht und müssen wieder Kredite aufnehmen, um ihre Pflichtleistungen erbringen zu können. Freiwillige Leistungen gibt es so gut wie nicht mehr. Die Investitionstätigkeit der Kommunen erreichte einen Tiefststand. Wichtige Politikfelder werden unter diesen Bedingungen nicht in Angriff genommen: das trifft u.a. Armutsbekämpfung und sozialen Wohnungsbau, sowie ausreichende Maßnahmen im Klimaschutz.

Warum ist das so?

Im Bundeshaushalt stehen nicht genug finanzielle Mittel für eine ausreichend finanzierte Kommunalpolitik zur Verfügung. Wenn große Vermögen und Konzerne nicht angemessen besteuert werden, bleibt auch der Staat unterfinanziert. Seitdem 1997 die Vermögenssteuer ausgesetzt wurde, sind dem Fiskus 380 Milliarden Euro entzogen worden. Dieser Verlust entspricht etwa 80 Prozent des Bundeshaushalts von 2024, der Ausgaben von 477 Milliarden Euro vorsieht. Gleichzeitig sind die Vermögen der 100 reichsten Deutschen seit 2021 um 460 Milliarden Euro angewachsen. Doch nicht nur bei der Vermögenssteuer werden Reiche und Hyperreiche geschont. Die diversen Steuergeschenke der jeweiligen Bundesregierungen haben einer winzigen Oberschicht von 4300 Personen ein Vermögen von 1,4 Billionen Euro eingebracht.

Wer eine solche Entwicklung zulässt, kann natürlich die staatlichen Aufgaben nicht mehr ausreichend finanzieren.

Seit 2014 stiegen die Militärausgaben von 45 Milliarden Euro auf 85 Milliarden Euro jährlich an. Über 100 bis 135 Milliarden Euro pro Jahr wird bereits nachgedacht (3% vom BIP). Diese Steigerung kann nur realisiert werden, indem in anderen Haushaltsbereichen der Rotstift angesetzt wird. Und dazu gehören auch die finanziellen Zuweisungen an die Kommunen. Dazu kommen weitere Unwägbarkeiten:

- Die kommunale Finanzierung ist stark von den Steuereinnahmen abhängig. Sinken die Steuereinnahmen (Krisen, Steuerreformen, Wirtschaftskrieg, ...) verschlechtern sich die Bedingungen für kommunale Haushalte.
- Inflation und ansteigende Energiepreise verteuern alle kommunalen Kosten: Zum Beispiel Gebäudeunterhaltung, Planungen, Baupreise... (Die Kommune schwankt dann zwischen Gebührenerhöhungen und Kreditaufnahme.)
- Die Umlagen (Kreisumlage, Schulumlage, LWV-Umlage) für übergeordnete Aufgaben erhöhen sich.
- Bundesgesetzebürden den kommunalen Haushalten hohe Kosten auf (Unterbringung Geflüchteter, Garantie für einen Kita-Platz, Inklusion, Klimaschutzmaßnahmen ...)
- Tarifverbesserungen müssen finanziert werden.
- Leistungen ohne Einnahmen (kostenloser ÖPNV, kostenlose Kita, Sozialpass,...) kosten Geld.
- Kommunale Daseinsfürsorge (Wohnen, Kita, Sportstätten, Kultur, Gesundheitsversorgung, Friedhöfe, ...) hat keine ausreichende Gegenfinanzierung durch Bundes- und Landesmittel.

Trotzdem ist diese Unterfinanzierung allen kommunalen Akteuren bekannt ist, werden deren Ursachen nicht angegriffen. Noch viel zu oft werden falsche Schlussfolgerungen gezogen: Man privatisiert öffentliches Eigentum bzw. öffentliche Dienstleistungen, greift zu teuren PPP-Finanzierungen oder beauftragt private Investoren und Firmen.

Viel zu selten melden sich Kommunalverantwortliche kritisch zu Wort. Meist wird zähneknirschend der Mangel verwaltet.

Dennoch gibt es auch Proteste. Ein Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" fordert in mehreren Bundesländern bessere Kommunalfinanzen ein. Und auch in Hessen fand ein Offener Brief der Bürgermeister und des Kreistags des Rheingau-Taunus-Kreises öffentliche Beachtung. Darin schreibt Landrat Zehner: „Wenn Bund und Land uns hier weiterhin allein lassen, müssen wir uns auf der kommunalen Ebene buchstäblich kaputt sparen und die Kommunen müssen Grund- und Gewerbesteuer immer höher schrauben, für Aufgaben, auf die wir gar keinen Einfluss haben. Das vermindert unsere Leitungsfähigkeit und sorgt für sinkendes Vertrauen in den Staat als Ganzes – und gefährdet die Demokratie. Deshalb fordern wir, dass kommunale Selbstverwaltung nicht zur Farce werden darf.“

Gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land

Linke Kommunalpolitik darf kein klein-kleiner Aktionismus sein, auch wenn wir uns selbstverständlich auch um die kleinen Anliegen kümmern. Den Zusammenhang zwischen der großen Politik und den Lebensverhältnissen vor Ort müssen Linke immer deutlich machen. Die kommunale Leistungsfähigkeit hängt nicht davon ab, ob eine Kommune gut wirtschaftet und harte Sparmaßnahmen durchsetzt. Die kommunale Unterfinanzierung ist ein strukturelles Problem und muss grundlegend überwunden werden. Und weil die Ursachen direkt mit der staatlichen Steuerpolitik und den Militärausgaben zusammenhängen, sollten linke Mandatsträger:innen alles tun, um diese Zusammenhänge immer wieder aufzudecken sowie Proteste einzufordern und zu organisieren.

Bundesweit sehen Bürgermeister*innen folgende Dringlichkeiten für die Kommunalpolitik:

1. Der höchste Handlungsbedarf liegt bei den Finanzen.
2. Sozialer Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen kommen an zweiter Stelle.
3. Dann folgen Klimaschutzmaßnahmen, die Energiewende und
4. die Mobilitätswende.
5. Stärkung der Wirtschaft und
6. Digitalisierung haben geringere Priorität.
7. Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (darunter wird meist die Verteidigung der Demokratie gegen Rechts verstanden; kaum jedoch die Armutsbekämpfung.) folgt an letzter Stelle.

Wir haben also gute Möglichkeiten, linke Ziele in die Kommunalparlamente zu tragen und eigene Schwerpunkte zu setzen. Gerade weil uns in Zukunft verstärkt das Argument entgegengebracht werden wird, unsere Forderungen seien unbezahlbar, kommt es darauf an, Mitstreitende für eine Umverteilung der Vermögen und für Abrüstung zu gewinnen.

Die hessische Landesverfassung fordert im Artikel 137 (5):

„Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.“ Dies gilt es einzufordern.

Leider wurden und werden alternative kommunalpolitische Konzepte meist in den Städten und für die Städte erarbeitet. Es ist sehr gut, wenn nun im Landesverband über die Situation in den ländlichen Regionen nachgedacht wird. Strukturpolitische Forderungen und Initiativen sind dringend nötig! Das Thema braucht die Aufmerksamkeit der Partei – nicht nur bei der nächsten Kommunalwahl!

In den Landkreisen und Landgemeinden brechen große Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge weg: Das reicht von der Ausdünnung des ÖPNV über unzureichende Kinderbetreuung, Schließungen von Bürgerhäusern, Schwimmbädern, Kinos usw., fehlende Finanzierung örtlicher sozialer und kultureller Initiativen, bis hin zur Gesundheitsversorgung (keine Frauengesundheit, fehlende Hausärzte/Fachärzte, Krankenhausschließungen). Wichtige Investitionen bleiben aus. Geschäfte und Gastronomie müssen schließen. Besonders in den Ortskernen wächst der Leerstand. Historisch wertvolle Bausubstanz zerfällt unter Denkmalschutz. Die Liste ist verlängerbar.

Drei mögliche kommunale Schwerpunkte

1. Bezahlbarer Wohnraum /Wohnungsnot

Seit 1990, als die Wohnungsgemeinnützigkeit aufgehoben wurde, wird rendite- statt sozialorientierter Wohnungsbau betrieben. Kommunen verkauften ihren Wohnungsbestand an private Investoren. Das öffnete der Spekulation Tür und Tor und beförderte den Bau von hochpreisigen Eigentumswohnungen. Dazu kommt, dass nach der „Wende“ der soziale Wohnungsbau komplett eingestellt wurde, obwohl Tausende Wohnungen aus der Sozialpreisbindung fielen. In der Folge sank der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen. Im Jahr 2011 gab es noch 123.028 Sozialwohnungen. Neun Jahre später waren es nur noch 79.720. Erst Ende 2022 stieg der Bestand wieder auf 82.159 an, weil das Land ein Förderprogramm aufgelegt hat. Doch der Bedarf liegt bei 163.000 Sozialwohnungen! Damit ist klar, dass die Förderung unzureichend ist. Und die meisten Kommunen haben sich aus dem sozialen Wohnungsbau verabschiedet. Bestenfalls werden kommunale Wohnungen modernisiert.

Ein Neubau in den Kommunen findet derzeit kaum statt. Selbst große, finanz-starke Baugesellschaften wollen wegen der rasant steigenden Baukosten derzeit keine Sozialwohnungen bauen.

Diese Entwicklung führte zu steigenden Mieten - ganz besonders in den Ballungsgebieten. Nach Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg belegt Hessen den vierten Platz bei den Mietpreissteigerungen.

Vor allem in den Ballungsgebieten sind die Mieten so explodiert, dass oft bis zur Hälfte des Haushaltseinkommens für eine Wohnung aufgewendet werden muss. Mieterverbände bezeichnen eine Wohnung als bezahlbar, wenn die Miete maximal 1/3 des Haushaltseinkommens beträgt. Die Wohnungsmieten belasten zunehmend auch Normalverdienende unverhältnismäßig stark.

Auch in den ländlichen Regionen spielt das Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ eine wichtige Rolle. In den Einzugsgebieten der Städte ist die Mietpreisentwicklung dem dortigen Niveau angepasst. Auch dort braucht es sozialen Wohnungsbau, was meist wegen der finanziellen Lage schwieriger ist als in den urbanen Zentren. Und in den abgehängten ländlichen Regionen müssen Konzepte gegen Leerstand und den Niedergang des kommunalen Lebens entwickelt werden.

Im unteren Preissegment herrscht Wohnungsnot. Hier stehen arme Menschen, Geringverdienende und Geflüchtete in harter Konkurrenz um das unzureichende Angebot, was den sozialen Frieden stark belastet und auch Fremdenfeindlichkeit befördern kann.

Auch kleine Vermieter*innen passen ihre Preisvorstellungen dem „Markt“ an.

Das hat drastische Folgen für Menschen, die auf soziale Unterstützung angewiesen sind und auf die Jobcenter/Sozialämter. Die Kosten der Unterkunft (KdU) müssen den steigenden Mieten angepasst werden, weil dieser Personenkreis sonst auf dem Wohnungsmarkt chancenlos bleibt. Die staatlichen Hilfen (KdU und Wohngeld) sind inzwischen fünfmal so hoch, wie die Fördersummen für neue Sozialwohnungen. Der Teufelskreis kann nur durch deutlich gesteigerten sozialen Wohnungsbau durchbrochen werden.

Für linke Politik gibt es hier zahlreiche Anknüpfungspunkte:

- Stellungnahmen der kommunalen Gremien gegen die Streichung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau (Resolutionen, offene Briefe...)
- Druck auf die hessische Landesregierung für weitere und besser ausgestattete Wohnungsförderungsprogramme
- Bessere finanzielle Ausstattung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften
- Gründung kreiseigener Wohnungsbaugesellschaften
- Wohnungsbeschaffung nach dem Viernheimer Modell
- kommunale Wohnungsbörsen
- Maßnahmen gegen Leerstand und Zweckentfremdung
- Mietpreisbremse
- Förderung, wenn von privaten Bauherr*innen bezahlbare Mietwohnungen geschaffen werden
- Druck machen gegen die Abzockergebühren in den Sammelunterkünften für Geflüchtete
- kein Verkauf kommunaler Wohnungen
- kein Verkauf kommunaler Grundstücke

2. Armutsbekämpfung

Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung gilt als arm, bzw. armutsgefährdet. Das heißt: Ihnen stehen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung.

Trotz dieser hohen Zahl befassen sich die meisten kommunalen Parlamente nicht mit dem Thema Armutsbekämpfung. Es gibt kaum Sozialpässe oder ermäßigte Preise für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Kulturelle Angebote stehen überwiegend nur der Mittelschicht offen. Offene Treffpunkte, wo man nichts konsumieren muss, sind selten. Selbst bei Volksfesten werden keine Überlegungen angestellt, wie man auch für arme Menschen Teilhabe schaffen könnte.

Besonders betroffen sind Kinder aus armen Familien. Zwar erhalten Bedürftige Geld aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, doch diese Zuschüsse decken immer nur einen Teil der anfallenden Kosten für einen Verein oder eine Ferienaktivität.

Eine weitere gesellschaftliche Gruppe ist zunehmend von Armut betroffen: Rentner*innen. Alle, die von einer Minirente leben müssen, brauchen Teilhabemöglichkeiten, vom offenen Treffpunkt, über kulturelle Aktivitäten bis zur Möglichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Welche Möglichkeiten hat linke Kommunalpolitik?

- Einen kommunalen Sozialbericht, anhand dessen armutsverringende Maßnahmen geplant werden können
- Anlaufstelle zur Unterstützung bei den Anträgen für Hilfsangebote
- Forderung nach einem Sozialpass, der Vergünstigungen für den ÖPNV, für die Volkshochschule, für die Bibliothek, für Konzerte und Theater, für Volksfeste beinhaltet. Aber auch für Strom – besonders wenn das Energieunternehmen noch eine Beteiligungsgesellschaft der Kommune/des Landkreises ist.
- Eine Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus bedürftigen Familien
- Ausleihe für Musikinstrumente

- Finanzielle Hilfen für Vereine, die benachteiligte (und auch behinderte) Kinder einbeziehen
- Teilnahme an Ferienspielen zu moderaten Preisen
- Druck für sozialen Wohnraum, denn Wohnen macht arm

3. Sozialräume schaffen bzw. erhalten

Auch dieses Thema kommt in den meisten kommunalen Gremien nicht vor. Doch birgt es sozialen Zündstoff: Werden auch schwache gesellschaftliche Gruppen, wie finanziell Schlechtgestellte, Rentner*innen, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete ins öffentliche Leben einbezogen oder werden sie eher ausgeschlossen? Dazu betrifft das Thema sowohl die gesellschaftliche Teilhabe als auch die Städteplanung/Dorfentwicklung.

Sozialräume sind Möglichkeiten zur Erholung, konsumfreie Zonen, Treffpunkte gegen Einsamkeit und für Kommunikation, für gemeinsame Aktivitäten, Kultur, generationsübergreifende Begegnungen, Schutzräume (zum Beispiel Hitzeschutz) und vieles mehr.

Viele Kommunen haben keine Konzepte für eine Sozialplanung oder - noch schlimmer - sie nehmen die Problematik gar nicht wahr. Für linke Kommunalpolitik ist klar, dass nicht alle Bereiche des Zusammenlebens konsumorientiert sein dürfen. Und nicht alle Flächen müssen bebaut werden.

Sozialräume kann man schaffen durch:

- Plätze, die zum Verweilen einladen
- Freiflächen innerhalb der Wohngebiete
- Erhalt von Bürgerhäusern/Dorfgemeinschaftshäusern
- Treffpunkte ohne Gebühren
- Veranstaltungen ohne Profitinteresse
- Generationenübergreifende Aktivitäten

Die Basis stärken

Wollen wir die Welt verändern, kann linke Politik nicht nur parlamentarische Arbeit sein. Es ist immer die konkrete Parteilinie vor Ort und mit den Menschen, die uns verankert und erfolgreich gemacht hat – die uns in der Folge dann auch bei Wahlen erfolgreich macht. Linke Politik ist keine Stellvertreterpolitik. Im Gegenteil! Linke kämpfen zusammen mit den Menschen für Verbesserungen, greifen ihre Themen auf, entwickeln im Austausch Strategien für Veränderungen - bis hin zur Gesellschaftsveränderung weg vom Kapitalismus. Im Gegensatz dazu stützen bürgerliche Parlamente die kapitalistischen Verhältnisse.

Warum gehen wir dennoch in die Parlamente?

Die Plattform der Parlamente können wir nutzen, um linke Ideen vorstellbar zu machen, um kleine Verbesserungen durchzusetzen.

Linke Politik entsteht an der Basis: In der Parteigruppe, im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, beim gemeinsamen „Kampf um den Lohnroschen und die

Macht im Staat.“ (Brecht) Wahlwerbung ohne eine Verankerung im Betrieb oder Wohngebiet wird nicht ausreichen, um unsere Mandate zu verteidigen.

So ist zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2026 die Stärkung der Basis essenziell. Parteigruppen entwickeln zusammen mit den Kandidat*innen die linke Politik von Ort. Parteigruppen setzen die politischen Schwerpunkte, organisieren Aktionen, führen Proteste an, geben Hilfen in sozialen Notlagen, sorgen für politische Bildung und linke Kultur. Das alles ist für einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf unverzichtbar. Denn so werden nicht nur die Kandidat*innen unterstützt, sondern auch die Wähler*innen mobilisiert, weil es um ihre eigenen Interessen geht.

Keine „Freifahrt“ für Hochrüstung und Kriegstüchtigkeit

Mit der falschen Behauptung, nur der Ausbau von Kriegstüchtigkeit und Verteidigungsbereitschaft könne den Frieden in Europa retten, wird die ressourcenverschlingende Kriegsvorbereitung auch in der BRD schrittweise durchgesetzt. Diplomatie und Deeskalation werden nicht forciert. Dabei werden im Schlepptau der USA und der NATO-Führung aber bewusst die Interessen der international agierenden deutschen Konzerne und der nationalen Rüstungsindustrie, gefördert. Profitable Rüstungsproduktion, Waffenexporte und Auslandseinsätze lassen weltweit die Opferzahlen ansteigen. Die Gefahren für die hessische Bevölkerung wachsen zudem mit der Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen, für die eine Kommandozentrale bei Wiesbaden eingerichtet wird. Damit soll die ökonomische Vormachtstellung in EU-Europa weiter ausgebaut werden. Unter anderem bringt die in Waffen geradezu vernarrte US-Elite bringt die BRD für ihre weltweiten ökonomischen Interessen in vorderster Front in Stellung. Im Inneren wird auf allen Ebenen die Militarisierung stark vorangetrieben, auch durch die Aufhebung der Trennung von rein zivilen und militärischen Aktivitäten. Sicher, nachhaltige und soziale Politik dient dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein teurer Ausbau der Kriegstüchtigkeit ist ein Weg in eine Weltkatastrophe.

Für die hessische Partei Die Linke. folgt daraus:

1. Ein „Weiter so“ darf keine adäquate Antwort in dieser Zeit der Gefahr eines dritten Weltkriegs sein.
2. Notwendig ist ein Aufruf zur Teilnahme und der Einsatz aller möglichen Mittel, um eine breite Teilnahme hessischer Parteimitglieder an der zentralen Demonstration „Nie wieder Krieg“ am 3. Oktober 2024 in Berlin zu ermöglichen.
3. Verhinderung auf kommunaler und Landesebene von der Verlagerung finanzieller Mittel aus dem sozialen Bereich in die Rüstungskostenspirale
4. Unterstützung aller Aktionen gegen die Einrichtung oder Aufrechterhaltung des zentralen Einsatzkommandos zur Koordinierung von mobil in Westdeutschland aufgestellten Mittelstreckenraketen der Ukrainehilfe, die im räumlichen Zusammenhang mit der US-Base Erbenheim stehen.
5. Aufforderung an die hessischen Delegierten des Bundesparteitags in Halle, alle Anträge zur Unterstützung der friedenspolitischen Grundsätze des Erfurter Programms zu unterstützen.
6. Auch Die Linke. in Hessen wird offensiv gegen ungerechtfertigte Repressionen systemkritischer Bewegungen vorgehen.

Solidarität geht nur international: Entschieden gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus - für Frieden und Meinungsfreiheit!

1. Die Linke. Hessen verurteilt den andauernden Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, bei welchem die Vereinten Nationen die Gefahr genozidaler Handlungen sehen. Ebenso verurteilt der Landesverband die fortwährende Besatzung auf dem Gebiet der sog. Westbank und alle dort entstandenen illegalen Siedlungen.
2. Die Linke. Hessen steht ein für ein sofortiges Ende aller Waffenlieferungen an den israelischen Staat. Stattdessen fordert Die Linke Hessen die Bundesregierung auf, sich für einen gerechten und nachhaltigen Frieden in der Region sowie für eine sofortige Waffenruhe einzusetzen. Zudem soll Deutschland, endlich seiner Verantwortung nach internationalem Recht nachkommen.
3. Die Linke. Hessen fordert die Bundesregierung auf, Hilfszahlungen in einer angemessenen Höhe an Organisationen zu leisten, welche trotz der Gefahr im Gazastreifen Humanitäre Hilfe leisten.
4. Die Linke. Hessen erkennt den zunehmenden antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus in Deutschland an und verurteilt dies aufs Schärfste. Der Landesverband solidarisiert sich mit allen Betroffenen, welche aktuell in Angst leben müssen und Opfer von verbaler und physischer Gewalt wurden.
5. Die Linke. Hessen unterstützt friedliche Demonstrationen und Veranstaltungen für einen gerechten Frieden im Nahen Osten und kritisiert die Tendenz, Menschen, die sich für die Rechte der Palästinenser*innen einsetzen, pauschal des Antisemitismus zu verdächtigen und sie in ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken. Menschen müssen Kriegsverbrechen und faschistische Tendenzen benennen und kritisieren können, ohne Angst vor staatlicher Repression zu haben.

Unterstützung der Petition »Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!«

Die Linke. Hessen unterstützt die Petition »Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!«, die von namenhaften NGOs initiiert wurde wie CARE Deutschland e.V., IPPNW Deutschland, medico international, NRC Flüchtlingshilfe Deutschland, Oxfam Deutschland e.V., pax christi, Deutsche Sektion e.V., Weltfriedensdienst e.V.

Sie informiert ihr Mitglieder über die Möglichkeiten der Sammlung von Unterschriften und fordert sie auf, sich aktiv daran zu beteiligen.

Dringlichkeitsantrag Quotierte Listen als FLINTA*- Listen

Der Landesverband setzt sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass in der Bundessatzung und Wahlordnung klargestellt wird, dass die quotierte Liste als FLINTA*-Liste und nicht als Cis-Frauen-Liste zu interpretieren ist. Dafür sucht er insbesondere den Austausch mit anderen Landesverbänden, dem Parteivorstand und dazu arbeitenden BAGen.

Solidarität mit den Beschäftigten von VW

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Aufkündigung des Beschäftigungssicherungstarifvertrages durch den VW-Vorstand und die Androhung von Werksschließungen hat uns schockiert. Wir sind solidarisch mit euch! Arbeitsplatzsicherheit hat Vorrang vor Renditeerwartungen!

Es geht um eure Arbeitsplätze und damit verbunden auch um die Arbeitsplätze vieler Kolleginnen und Kollegen in der Zulieferindustrie und darüber hinaus. Unterlaufen werden zugleich die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten und Gewerkschaften.

Die angekündigten Maßnahmen sind inakzeptabel, zumal der VW-Vorstand durch sein (Nicht-) handeln, siehe Dieselskandal oder auch die verfehlte Modellpolitik, erheblich zur aktuellen Situation beigetragen hat.

Wo immer ihr wollt, werden wir euch in dieser Auseinandersetzung beistehen. Wir engagieren uns für den Ausbau von Gewerkschafts- und Mitbestimmungsrechten.

Wir fordern Bundes- und die Landesregierung auf, mit der IG Metall und den Betriebsräten ein Konzept zum Umbau der Automobilindustrie zu entwickeln. Dies muss in ein sozial-ökologisches Verkehrskonzept eingebettet und durch eine verlässliche Förderpolitik flankiert werden.

Zudem muss die arbeitsmarktpolitische Unterstützung (z.B. Dauer und Voraussetzungen von Kurzarbeit) von Arbeitszeitverkürzung verbessert werden.

Das alles wird nicht nur durch das "gute Argument" entschieden, sondern es handelt sich um einen Großkonflikt mit erheblichen Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

Darum unterstützen wir die IG Metall, Betriebsräte und Belegschaft.

Schlichtungsstelle - Einfügung eines neuen § 39 in die Landessatzung

§ 39 [neu] Schlichtungsstelle

(1) Die Schlichtungsstelle ist eine Schlichtungskommission im Sinne § 6 Schiedsordnung. Sie dient der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern, Mandatsträger*innen oder Organen des Landesverbandes. Sie besteht aus Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei Die Linke., die als aus- oder fortgebildete Mediatorinnen oder Mediatoren die Landesschiedskommission in ihrer Arbeit ehrenamtlich unterstützen. Sie werden durch den Landesvorstand berufen bzw. abberufen.

(2) Die Landesschiedskommission kann an sie herangetragene Fälle bei Zustimmung der Konfliktparteien an die Mediationsstelle weitergeben. Streitfälle in der Partei Die Linke. Hessen können auch direkt bei der Schlichtungsstelle vorgebracht werden.

(3) Während der Dauer der Schlichtung soll von den Schlichtungsparteien kein Schiedsverfahren in gleicher Sache eingeleitet werden. Sofern es in gleicher Sache weitere Antragsberechtigte gibt, die nicht Partei des Schlichtungs-verfahrens sind, steht diesen der Antrag auf Schiedsverfahren unabhängig hiervon offen. Ist ein Schiedsverfahren bereits anhängig, ruht das Verfahren bei Zustimmung aller Beteiligten zur Schlichtung für die Dauer der Schlichtung. Die Schlichtung ist beendet, wenn ein Beteiligter dies gegenüber der Schieds-kommission anzeigt oder das Schlichtungsgremium die Einstellung seiner Tätigkeit gegenüber der Landesschiedskommission mitteilt.

(4) Bei einer erfolgreichen Schlichtung erklärt die Landesschiedskommission auf Antrag der Schlichtungsstelle das ruhende Schiedsverfahren als erledigt. Scheitert die Schlichtung, bleiben die Rechte der Konfliktparteien einschließlich der Anrufung der Landesschiedskommission bzw. die Fortführung des Verfahrens vor der Landesschiedskommission vollumfänglich gewahrt.

(5) Bei Bedarf können zudem auf Beschluss des Landesvorstandes externe Mediatorinnen oder Mediatoren eingesetzt werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen der Bundesschiedsordnung.

§ 40 [neu] Schlussbestimmungen

(1) Änderungen dieser Satzung müssen vom Landesparteitag mit einer satzungsändernden Mehrheit beschlossen werden.

(2) Diese Landessatzung wurde am 24. August 2007 auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke. Hessen angenommen und vom 1. Landesparteitag 2008, vom 4. Landesparteitag 2011, vom 10. Landesparteitag 2017, vom Landesparteitag 2021, vom 14. Landesparteitag 2022 sowie vom 16. Landesparteitag 2024 geändert.

Jugendpolitischer Sprecher / Jugendpolitische Sprecherin

in §20 der Satzung einfügen

§ 20 Zusammensetzung und Wahl des Landesvorstandes

- (1) Der Landesvorstand besteht aus insgesamt 19 vom Landesparteitag zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes und die Jugendpolitische Sprecherin / der Jugendpolitische Sprecher.
- (2) Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus 8 Mitgliedern, darunter
 - a) zwei Landesvorsitzende
 - b) zwei stellvertretende Landesvorsitzende
 - c) eine Landesschatzmeisterin oder ein Landesschatzmeister,
- (3) Kreisverbände, die nicht durch eine vom Landesparteitag gewähltes Mitglied im Landesvorstand vertreten sind, können für dieses Gremium ein beratendes Mitglied benennen. Gleiches gilt für den Jugendverband der Partei, sofern eine Wahl nach Absatz (8) nicht zu Stande kam.
- (4) Der Landesvorstand wird in der Regel in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt. Hat in einem Kalenderjahr keine Wahl des Landesvorstandes stattgefunden, muss diese spätestens auf einem ordentlichen Parteitag im darauffolgenden Kalenderjahr stattfinden.
- (5) Eine Neuwahl des Landesvorstandes oder eventuelle Nachwahlen finden auf Beschluss des Landesparteitages statt.
- (6) Dem Landesvorstand gehören zwei hessische Mitglieder der Fraktion Die Linke. im Deutschen Bundestag und zwei Vertreter der Fraktion Die Linke. im Hessischen Landtag mit beratender Stimme an.
- (7) Der Landesparteitag kann weitere Mitglieder mit beratender Stimme bestimmen.
- (8) Dem Landesvorstand gehören mit Stimmrecht ein Mitglied des Jugendverbandes als Jugendpolitische Sprecherin / Jugendpolitischer Sprecher an. Der Jugendverband macht dafür einen Wahlvorschlag. Die Wahl der Jugendpolitischen Sprecherin / des Jugendpolitischen Sprechers erfolgt in einem eigenen Wahlgang.